

Stellungnahme zum öffentlichen Fachgespräch des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit am 13.03.2019

zu dem Thema "Stand und Probleme der Phase 1 in der Endlagersuche"

Steffen Kanitz, Stellv. Vorsitzender der Geschäftsführung der BGE

Am 5. September 2017 startete die BGE mit einer Auftaktveranstaltung in Berlin die Standortsuche. Das Ziel ist es, in einem vertretbaren Zeitraum einen Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle mit bestmöglicher Sicherheit in tiefen geologischen Formationen in Deutschland zu finden. Auf dem Weg dahin kommen wir gut vorwärts und befinden uns in der ersten von insgesamt drei Phasen.

Die erste Phase ist in zwei Schritte unterteilt. Zunächst werden günstige Teilgebiete unter Anwendung der in den §§ 22 bis 24 Standortauswahlgesetz (StandAG) festgelegten Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen und geowissenschaftlichen Abwägungskriterien ermittelt und das Ergebnis und die Entscheidungsgrundlagen werden in dem Zwischenbericht Teilgebiete veröffentlicht und zeitgleich dem BfE überstellt.

Für die in Frage kommenden Standortregionen werden im nächsten Schritt repräsentative vorläufige Sicherheitsuntersuchungen entwickelt und durchgeführt, um nach Anwendung weiterer Kriterien einen Vorschlag für die übertägig zu erkundenden Standortregionen zu erarbeiten. Nach dem Abschluss jeder Phase wird das weitere Vorgehen der Standortsuche durch Bundesgesetz bestimmt.

Der erste Meilenstein in der Phase I, die Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete, ist für die Mitte des Jahres 2020 geplant.

Gesetz bildet gute Arbeitsgrundlage

Aus unserer Sicht hat sich eines bereits bestätigt: Die auf der Basis der Kommissionsempfehlungen im März 2017 beschlossene Novelle des StandAG ist eine solide Arbeitsgrundlage. Das Gesetz bildet einen gut durchdachten Rahmen für die Generationenaufgabe der sicheren Endlagerung der hochradioaktiven Abfälle. Die gesetzlichen Regelungen werden der komplexen Aufgabe gerecht: Mit der Definition wissenschaftlicher Kriterien, der Anlegung als lernendes Verfahren, welches Verfahrensrücksprünge ermöglicht und eine Rückholbarkeit der eingelagerten Abfälle für einen längeren Zeitraum festlegt.

Insbesondere ist eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit in der mehrphasigen Suche in das Gesetz eingeflossen. Oberstes Gebot der Standortsuche bleibt das Primat der Sicherheit.

Neuordnung: Akteure haben sich in Rollen gefunden

Auch die Neuordnung der Aufgabenverteilung für die Durchführung der Standortauswahl hat sich bewährt. Nach einem Rollenfindungsprozess haben sich das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE), die Rechtsaufsicht über die Vorhabenträgerin, und die BGE im November 2018 auf einen Arbeitsmodus vereinbart.

Auch die weiteren Akteure nehmen voneinander getrennte Rollen wahr, und verfolgen doch das gemeinsame Ziel der sicheren Entsorgung hochradioaktiver Abfälle gemeinsam.

Das Nationale Begleitgremium hat die zentrale Aufgabe, das Verfahren vermittelnd und unabhängig zu begleiten. Der Einfluss des Gremiums wurde zuletzt sehr deutlich auf der öffentlichen Veranstaltung zu Geologiedaten und Transparenz Anfang Februar 2019.

Informationspluralismus

Der im StandAG angelegte Informationspluralismus wird praktiziert. Das BfE ist Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung und die BGE informiert über geplante Maßnahmen und konkrete Verfahrensfortschritte.

Veröffentlichungen Standortauswahl

Im Dezember 2018 ist eine bundesweit vertriebene Ausgabe der Unternehmenszeitung „Einblicke“ erschienen, welche über aktuellen Stand der Standortauswahl sowie über die gesellschaftlichen und politischen Diskussionen dazu informiert.

Zudem hat die BGE eine neue Erklärhomepage www.einblicke.de geschaltet, die als Einstieg in das Endlagerungsthema dienen und eine Diskussionsplattform für verschiedene Positionen in der Endlagerdebatte bieten soll.

Keine Vorauswahl von Teilgebieten – und doch Betroffenheit nach gezielter Verbreitung von veraltetem Kartenmaterial

Aufgrund der Verbreitung von veraltetem Kartenmaterial und der konkreten Ansprache durch Veranstaltungen vor Ort erzeugen Kritiker des Standortauswahlverfahrens in den von ihnen besuchten Regionen ein Gefühl der Betroffenheit. Die BGE hat gute Erfahrungen damit gemacht, Regionalpolitiker und Verwaltungsbeschäftigte in den Regionen aktiv anzusprechen. Das Angebot, von der Vorhabenträgerin direkt über den Verfahrensstand informiert zu werden und Fragen von den Fachleuten der BGE beantwortet zu bekommen, wird gern angenommen.

Verfahrensstand

Aktuell erarbeitet die BGE den Zwischenbericht Teilgebiete. Die Veröffentlichung dieses Berichtes mit Entscheidungsgrundlagen wird den Abschied von der weißen Landkarte markieren.

In den vergangenen Monaten hat die BGE umfangreiche Abfragen der Geologiedaten für die Anwendung der Ausschlusskriterien und der Mindestanforderungen bei den relevanten Behörden des Bundes und der Länder vorgenommen. Eine gute Zusammenarbeit konnte etabliert werden und in nahezu allen Fällen wurden die Geologiedaten gemäß § 12 Absatz 3 Satz 2 StandAG bereitgestellt: "Soweit für die Erkundung und den Standortvergleich Geodaten, insbesondere geowissenschaftliche und hydrogeologische Daten, die bei den zuständigen Landesbehörden vorhanden sind, benötigt werden, sind diese Daten dem Vorhabenträger unentgeltlich für die Zwecke des Standortauswahlverfahrens zur Verfügung zu stellen; dies gilt auch für Daten, an denen Rechte Dritter bestehen."

Anwendung der Ausschlusskriterien

Im Zuge der Anwendung der Ausschlusskriterien gemäß § 22 StandAG werden ungünstige Gebiete, zum Beispiel Erdbebenregionen, ausgeschlossen. Die Grundlage der Anwendung, eine bundesweit homogene Datenbasis, haben unsere Fachleute durch fachliche Prüfung und Homogenisierung der bereitgestellten digitalen Daten geschaffen.

Zusätzlich wurden exemplarische Sichtungen von analog vorliegenden Datenbeständen durchgeführt und die Erfassung, Digitalisierung und ggf. Vektorisierung analog vorliegender Geodaten bei den Behörden ausgeschrieben. Das Ziel ist eine sukzessive Erweiterung der vorliegenden digitalen Datenbasis.

Für die Anwendung der Ausschlusskriterien sind kriterienbezogene, vorläufige Ausschlussstechniken durch die BGE entwickelt worden. Diese Methodik wird anhand der vorliegenden Datenbasis aktuell erprobt, bevor sie final angewendet wird.

Studie

Eine komplexe Aufgabenstellung stellt die Anwendung der Kriterien "Großräumige Vertikalbewegungen" und „Vulkanische Aktivität" dar, für welche Prognosen über einen Zeitraum von einer Million Jahre zu treffen sind. Wie solche Prognosen prinzipiell erfolgen könnten und welche Daten dafür notwendig sind, wird derzeit im Rahmen einer Studie durch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) erarbeitet.

Nach der bevorstehenden Anwendung werden Gebiete, für welche mindestens eines der in § 22 StandAG aufgeführten Ausschlusskriterien zutrifft, als potentieller Standort für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle ausgeschlossen.



Anwendung der Mindestanforderungen

Mit der Anwendung der Mindestanforderungen erfolgt die Prüfung, ob sich die Geologie im Untergrund für eine Endlagerung hochradioaktiver Abfälle prinzipiell eignet. Obwohl die Anwendung der Mindestanforderungen auf Basis der zuvor nicht ausgeschlossenen Gebiete stattfindet, hat sich die BGE dazu entschlossen, die Daten für die Anwendung der Mindestanforderungen auf das gesamte Bundesgebiet zu beziehen. Grund hierfür sind Verfahrenseffizienzgesichtspunkte (Parallelisierung der Anwendung der Ausschlusskriterien und der Mindestanforderungen).

Geowissenschaftliche Abwägungskriterien

Die Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien erfolgt nur für Gebiete, die alle Mindestanforderungen erfüllen. Ziel ist es, eine weitere Differenzierung in weniger günstige, günstige und besonders günstige geologische Situationen für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle zu erreichen.

Mit der Erarbeitung einer fachlichen Basis zu den geowissenschaftlichen Abwägungskriterien gemäß § 24 StandAG wurde begonnen. Dabei verlässt sich die BGE nicht nur auf ihre eigene Expertise, sondern bettet ihre Vorgehensweise in einen wissenschaftlichen Diskurs ein.

Bereitstellung von gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen für die Umsetzung des Standortauswahlverfahrens

Für die qualitätsgesicherte und zuverlässige Umsetzung des Standortauswahlverfahrens stehen noch Regelungen aus:

Das (Geologiedatengesetz) GeolDG: Voraussetzungen für die Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete

Auf eine Regelung zur Veröffentlichung der Daten konnte im StandAG verzichtet werden, weil die Novellierung des Lagerstättengesetzes bei der Konzeptionierung des StandAG mitgedacht wurde, vgl. die Gesetzesbegründung zum novellierten StandAG (BT-Drs. 18/11398, S. 58). Der Regelungsbedarf ist mithin im StandAG angelegt und in einem GeolDG soll nun u.a. die Grundlage für die Gewährleistung der im StandAG festgeschriebenen Transparenz geregelt werden.

Diese ausstehende Regelung der Veröffentlichung von Geologiedaten drängt angesichts der für das kommende Jahr geplanten Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete.

Das StandAG gibt in § 13 vor, was Gegenstand der Veröffentlichung werden soll: „In dem Zwischenbericht werden sämtliche für die getroffene Auswahl entscheidungserheblichen Tatsachen und Erwägungen dargestellt; sofern Gebiete vorhanden sind, die aufgrund nicht hinreichender geologischer Daten nicht eingeordnet werden können, sind diese ebenfalls



aufzuführen und ist eine Empfehlung zum weiteren Umgang mit diesen Gebieten aufzunehmen."

Im Hinblick auf die Entscheidungsgrundlage ist eine weitere Definition von Bedeutung: § 2 Nr. 6 StandAG definiert Gebiete im Sinne des StandAG, also auch Teilgebiete, als „sämtliche hinsichtlich ihrer Eignung als Endlagerstandort zu bewertenden räumlichen Bereiche innerhalb Deutschlands; ein Gebiet umfasst die übertägigen Flächen und die darunterliegenden untertägigen Gesteinsformationen;" Vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung der Veröffentlichung von Raumdaten und Modellen, als Grundlage der Ergebnisse des Zwischenberichtes Teilgebiete werden, klar.

Die Regelung der öffentlichen Verfügbarkeit von Geologiedaten, die im Standortauswahlverfahren von Entscheidungsrelevanz sind, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Der im StandAG verankerte Transparenzanspruch ist weitreichend und ist für die BGE handlungsleitend.

Rechtsverordnungen Sicherheitsanforderungen und Langzeitdokumentation stehen aus

Im Schritt 2 der Phase I, also zur Ausweisung von Standortregionen, wird die BGE vorläufige Sicherheitsuntersuchungen vornehmen. Dies dient einer ersten Bewertung, inwieweit der sichere Einschluss der radioaktiven Abfälle unter Ausnutzung der geologischen Standortgegebenheiten erwartet werden kann. Im StandAG wird das BMU ermächtigt, den Rahmen dieser Untersuchungen zu definieren.

Mit Blick auf die fortschreitenden Arbeiten und der damit auch fortschreitenden Dokumentation der Arbeiten sehen wir der ebenfalls im StandAG angelegten Verordnung entgegen. Im StandAG wird das BMU ermächtigt, die Einzelheiten zu den Speicherdaten, mithin zu ihrem Inhalt, Verwendungszweck, Umfang, der Übermittlung, Speicherung und Nutzung, durch Rechtsverordnung zu bestimmen. Die Arbeiten der Vorhabenträgerin BGE in der Standortauswahl schreiten voran und es wird angenommen, dass bereits für die Langzeitdokumentation relevante Daten entstanden sind.

Berlin, den 6. März 2019